

Gedanken über die Zukunft der öffentlich-rechtlichen  
Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland.

---

Einleitung

Rundfunk und Fernsehen sehen die moderne Entwicklung der verschiedensten Bereiche mit Argwohn und in feindlicher Abwehr. Höhere Rundfunk- und Fernsehgebühren zum 1.1.1979 bei gleichzeitiger Verschiebung "bis auf unbestimmte Zeit" der von der KtK in jahrelangen Diskussionen vorgeschlagenen Pilotprojekte stoßen in der Öffentlichkeit nicht gerade auf Zustimmung. Gestiegene Kosten und komplizierter, sowie langwieriger Verwaltungsaufwand zermürbt die kreativen, sensiblen Mitarbeiter der Funkhäuser. Die Verleger möchten nicht den Anschluß zu neuen Technologien (Märkten) verlieren, aber auch sich selbst nicht Konkurrenz machen. Es herrscht allgemein eine Retlosigkeit. Die Rundfunkanstalten müssen ein neues Selbstverständnis entwickeln, um auf dieser Basis wieder zum Schrittmacher des gesellschaftlichen Fortschritts zu werden.

Randbemerkungen zur Rundfunkgeschichte

Der Rundfunk wurde in Nordamerika zuerst eingeführt. B. Brecht spricht von einer "Erfindung, die nicht bestellt" wurde. In diesem Sinn ist auch der große Einschnitt 1945 gelaufen. Die Sieger trennten den Rundfunk vom Staat. Für die Deutsche Post ein Trauma, daß sie bis heute nicht überwunden hat. Bis zum Verfassungsgerichtsurteil von 1961 wurden alle Sendeeinrichtungen für Rundfunk und Fernsehen von den Rundfunkanstalten selbst errichtet und betrieben. In diesem Freiraum konnte sich auch der UKW-Rundfunk entwickeln. Eine Entscheidung größter Tragweite war die Bitte der Technischen Direktoren Dr. Nestel (NWDR) und Dr. Misere (HR) an die DBP das Leitungsnetz für das entstehende Fernsehen bereitzustellen. Obgleich die ARD-Anstalten über alle erforderlichen Sendetürme für die gleichmäßige Fernsehversorgung verfügten, haben sie die Investitionen für das Leitungsnetz der DBP übertragen. Dies erweist sich als ein sich öffnendes Geldloch erster Klasse. Technologie- und Rationalisierungsvorteile der Richtfunktechnik werden von der DBP den Anstalten nicht weitergegeben, die ihrerseits die überhöhten "Gebühren" für den Teilnehmer verdeckt weitergeben müssen. Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit in den Rundfunkanstalten wurde eingestellt, die Stellung der Techn. Direktoren wurde geschwächt. Die Deutsche Bundespost hat im Laufe der Zeit immer mehr Terrain zurückgewonnen. Viele Lifesendungen unterbleiben aus Kosten- und Zeitgründen.

## Entwicklungstrends der Technologie

Telefon und Hörrundfunk wachsen in Zukunft zusammen. Das Taschenfun ktelefon ist in der Lage einen Teilnehmer aus 400 Millionën Teilnehmern im Welttelefonnetz herauszuselektieren. Dabei kann das Taschenfunktelefon über große Entfernungen bewegt werden und trotzdem kann die Verbindung ständig in hoher Qualität gehalten werden. Selbst bei großer Sendeleistung des Rundfunksenders ist es heute mit einem Autoradio nicht möglich fahrend, z.B. zwischen Hamburg und Köln einem Programm ständig zu folgen, ohne jeweils neue Empfängereinstellungen vorzunehmen. Das Taschenfunktelefon der Zukunft (und Gegenwart) löst diese Probleme und führt darüber hinaus völlig neue ~~Ein~~ Merkmale ein. Das kann für den klassischen Rundfunk nicht ohne Folgen bleiben. Auch für den, der nicht an eine elektronische Weiterentwicklung der visuellen Telekommunikation - analog zum oben ausgeführten - glaubt, muß zur Kenntnis nehmen, daß das "Kassettenfernsehen" in den achtziger Jahren den Kinderschuhen entwachsen, mündig wird. Die zügige und kostengündige Verteilung billiger Folien (für Farbprogramme) über die Zeitungsverteil- und-Vertriebsnetze ist kein Problem. Da das Fernsehen in zunehmendem Maße aus "Konserven" serviert - mit langer Vorankündigungszeiten - und wenig ~~Zeit~~ "life" überträgt, kann dieses neue Medium differenzierter und oft aktueller sein. Diese Trends mit rechtlichen Beschränkungen über längere Zeit aufzuhalten, ist nur durch Ausschalten des Grundgesetzes möglich.

## Bewertung der Situation und Ausblick

Rundfunk und Fernsehen sind regulierte, Zeitungen und Buchverlage nicht regulierte Industrien. Die technologischen Entwicklungsvorteile, vor allem durch die Elektronik und schnelle Nachrichtentechnik kommen bis heute praktisch nur dem Monopolbereich zu gute. Da dieses Monopol jedoch kein kommerzielles, sondern ein politisches Monopol ist, "verbrät" es diese Gewinne in einem sich "aufblähenden" Verwaltungsapparat. Dieser Verwaltungsapparat baut dem Betrieb neue Reibungsflächen und Leerlauf ein und verringert somit die Qualität der Endprodukte und ihrer Produktions- und Absatzgeschwindigkeit.

Auf der Produktionsseite der papierbearbeitenden Medien setzen sich neue Technologien nur bis zu einem bestimmten Maße durch (siehe IG Druck Streik). Die gestiegenen Rohstoffpreise schlägen jedoch beim Papierpreis direkt und bei den Vertriebskosten indirekt durch. Diese Industrie muß neue Wege finden, wenn sie sich langfristig behaupten will.

Die neuen elektronischen Technologien sind so überwältigend und bewegen sich mit so unvorstellbarer Geschwindigkeit, daß sie jegliche Regulierungsbarriere umgehen können. Im gefolge wird die Regulierungsbarriere dann als Relikt einer vergangenen politischen Epoche abgeräumt und vielleicht bleiben Reste als Denkmal erhalten.

Monopol- und wettbewerbsorientierte Industrien können grundsätzlich sich nicht auf demselben Markt bewegen. Noch ist die Medienlandschaft sauber getrennt in Monopol und Wettbewerb. Für die Zukunft muß gelten: Jeder sollte nur die Tätigkeiten ausüben, die nur er so gut und nicht von jemand anderem besser ausgeübt werden können. Der öffentlich-rechtliche Status ist die organisatorische Grundlage der Rundfunkanstalten. Auf dieser Grundlage und nicht so sehr aufgrund der technologischen und wirtschaftlichen augenblicklichen Verhältnissen muß die Zukunft konzipiert werden. Seit dem Verfassungsurteil vom 1961 ist die Aufgabe nicht das Betreiben der Übertragungsnetze, sondern die Gestaltung der Inhalte (Nutzung).

Ähnlich dem Status des Hochschullehrers, der seinem Dienst und der Freiheit von Forschung und Lehre verpflichtet ist und dem unabhängigen Richter, der im "Namen des Volkes" urteilt, sollte ein öffentlich-rechtlicher "Kommunikator" das Zukunftsziel sein. Dieser Kommunikator berichtet "objektiv" (wenigstens nicht durch andere als seine Interessen) über Ereignisse an denen ein großes allgemeines Interesse besteht und bei denen die Bürger (Zuhörer Zuschauer) nicht anwesend sein können. Daß es daneben dann noch andere "life" und elektronisch übermittelnde geben kann, sollte aus wettbewerbsgründen hingenommen werden.